



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN 1918 – 2018 I

■ ANALYSE	
1918 in Polen: Ereignis, Erinnerung, Jubiläum Peter Oliver Loew, Darmstadt	2
■ DOKUMENTATION	
Beschluss des Sejm vom 25. Mai 2017 zum Jahr des 100. Jubiläums der Unabhängigkeit Polens	7
Ansprache des Präsidenten Andrzej Duda zur Inauguration der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Unabhängigkeit Polens	8
■ UMFRAGE	
Meinungen zu historisch wichtigen Ereignissen	12
■ CHRONIK	
6. – 19. März 2018	13

1918 in Polen: Ereignis, Erinnerung, Jubiläum

Peter Oliver Loew, Darmstadt

Zusammenfassung

Das Jahr 1918 ist wesentlicher Bezugspunkt für aktuelle polnische Identitätsdiskurse. Der Beitrag schildert knapp die zur Wiederenstehung Polens führenden Ereignisse und stellt dar, wie im vergangenen Jahrhundert daran erinnert wurde oder welche Anstrengungen unternommen wurden, sie zu verdrängen, insbesondere um die Rolle von Józef Piłsudski zu marginalisieren. Gerade in den vergangenen Jahren ist der Unabhängigkeitstag am 11. November zu einem Aufeinandertreffen von nationalistischen bis neofaschistischen und liberalen bis alternativen Geschichtsentwürfen geworden. Die Jubiläumsfeiern des Jahres 2018 werden von einem Komitee unter der Schirmherrschaft von Präsident Andrzej Duda als überparteiliche Abfolge zahlloser Veranstaltungen geplant, könnten aber Gefahr laufen, politisch instrumentalisiert zu werden, zumal im Herbst auch die Kommunalwahlen stattfinden werden.

Das Ereignis: Polens viele Schritte zur Unabhängigkeit

Das Jahr 1918 begann für Polen mit gemischten Gefühlen. Während fern im Westen US-Präsident Woodrow Wilson seine 14 Punkte für eine Friedensordnung in Europa verkündete und als 13. Punkt auch ein unabhängiges Polen mit einem freien Zugang zum Meer verlangte, versuchten die Mittelmächte im Osten, Politik ohne Rücksicht auf Polen zu machen: Bei den Friedensverhandlungen von Brest Litowsk (poln. Brześć) zwischen dem revolutionären bolschewistischen Russland und den Mittelmächten saßen Polen weder mit am Tisch noch wurden ihre Wünsche gehört. Und so war schon der »Brotfrieden«, den die Mittelmächte am 9. Februar mit der jungen, von den Sowjets bedrängten Ukrainischen Volksrepublik schlossen, ein Schock für die Polen, gestand man den Ukrainern doch große historisch polnische Gebiete zu, einschließlich des Gebiets um Cholm (poln. Chełm). Als wenige Wochen später, am 3. März, die Sowjets schließlich den Bedingungen für einen Friedensvertrag zustimmten, hatten deutsche Soldaten fast das gesamte historische Staatsgebiet Polen-Litauens besetzt. Doch wo genau und wie sollte Polen hier als Staat entstehen?

Schon am 5. November 1916 hatten die in Wien und Berlin regierenden Kaiser ein Königreich Polen proklamiert; am 15. Januar 1917 war ein Provisorischer Staatsrat und nach dessen Scheitern am 15. September 1917 ein Regentschaftsrat eingesetzt worden. Zwar stellten sich nun nicht wie erhofft in großer Zahl Kriegsfreiwillige aus dem russischen Teilungsgebiet als Soldaten für die Armeen der Mittelmächte ein, doch der Aufbau polnischer staatlicher Strukturen in einem relativ kleinen, ehemals russischen Gebiet um Warschau und Lublin ging zügig voran, das politische und kulturelle Leben blühte auf, seit Herbst 1917 gab es auch eine Regierung. Und so bestanden, als die Ereignisse des Jahres 1918 an Tempo aufnahmen, bereits admi-

nistrative Strukturen als Grundlage für einen künftigen unabhängigen Staat.

Als der »Brotfrieden« ohne Rücksicht auf polnische Interessen, wohl aber mit Rücksicht auf die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte geschlossen war, erfasste eine massive Protestwelle das am deutschen Gängelband hängende Königreich Polen, ein Teil der politischen Szene unterstützte den Aufbau einer Geheimen Militärorganisation und die Anhänger einer prodeutschen Linie verloren rasch an Einfluss. Dann wankten die beiden verbliebenen Teilungsmächte: Der Machtverfall in der Donaumonarchie führte dazu, dass sich in Galizien am 28. Oktober eine »Liquidierungskommission« des Teilungsgebiets konstituierte und drei Tage später in Krakau die österreichischen Truppen entwaffnete. Im bis dahin der k. u. k.-Monarchie unterstellten Lublin entstand am 7. November eine sozialistische Provisorische Volksregierung unter Ignacy Daszyński; zwei Wochen zuvor hatte auch der Regentschaftsrat in Warschau schon eine Regierung eingesetzt.

Derweil lag das Deutsche Kaiserreich in seinen letzten Zuckungen. Schon in den beginnenden Revolutionswirren erinnerte sich die deutsche Reichsregierung an Józef Piłsudski. Der charismatische einstige Sozialist und Anführer der Polnischen Legionen, die zeitweise an der Seite der Mittelmächte gekämpft hatten, saß seit Mitte 1917 unter sehr erträglichen Bedingungen in der Festung Magdeburg. Vielen galt er als größte Hoffnung: Die polnische Politik glaubte, nur er könnte die soziale Umwälzung auch in Polen aufhalten, und die deutsche Staatsführung meinte zudem, der eher deutschfreundliche Piłsudski würde die antideutschen Nationaldemokraten mit Roman Dmowski in Schach halten. Und so geleitete ihn Harry Graf Kessler am 8. November in Verkleidung aus dem bereits von der Revolution erfassten Magdeburg; am 10. November traf er mit dem Zug in Warschau ein. Innerhalb weniger Tage übertrugen ihm der Regentschaftsrat und auch die Lubliner Regierung

die Macht. Kaum war er eingetroffen, erklärte sich der Zentrale Deutsche Soldatenrat in Warschau bereit, alles stehen und liegen zu lassen und geordnet in die Heimat abziehen. Was am 11. November geschah, schilderte die Schriftstellerin Maria Dąbrowska in ihrem Tagebuch: »Bei Nacht Schießerei. Morgens früh an allen Straßenecken Entwaffnung der deutschen Offiziere. Aber nicht nur die Miliz entwaffnet, auch die Menge [...]. Den ganzen Tag über Massen auf den Straßen. [...] Überall Autos mit unseren Soldaten.« Die deutsche Besatzung verließ Warschau und das sich bildende polnische Staatsgebiet innerhalb weniger Tage, während zwischen Lettland und der Ukraine deutsche Einheiten teils noch bis Mitte 1919 stationiert blieben.

Am 14. November löste sich der Regentschaftsrat auf. Piłsudski erhielt die vollständige Macht und setzte eine von den Sozialisten dominierte Regierung ein – zunächst unter Ignacy Daszyński und dann unter Jędrzej Moraczewski; sich selbst ernannte er am 22. November zum Provisorischen Staatschef. Bald darauf wurden für Ende Januar Wahlen anberaumt.

Zur Wiederentstehung Polens kam es also ohne siegreiche Schlachten, ohne wagemutige Heerführer, ohne symbolische Triumphe, sondern allein durch die Implosion der bisherigen Teilungsmächte. Es gab auch nicht den einen Geburtstag polnischer Staatlichkeit, sondern es handelte sich um zahlreiche Schritte in rascher Abfolge. Keine große Militärparade krönte nach 123 Jahren die wiedererlangte Unabhängigkeit, und zwar schlicht deshalb, weil es noch so gut wie kein polnisches Militär gab. Dabei wäre es bitter nötig gewesen, denn in Lemberg lieferten sich Ukrainer und Polen schon seit dem 1. November Gefechte, die Stadt war viele Wochen lang schwer umkämpft, und nur mit Mühe konnten rasch zusammengeworfene polnische Einheiten mit bewaffneten Zivilisten die Ukrainer zurückschlagen. (Dieser erste Sieg über die Ukrainer führte am 22. November zu einem Pogrom an der jüdischen Bevölkerung der Stadt – der Mythos der Verteidigung Lembergs ist ein vergifteter Mythos.) Parallel zu diesem Krieg im Osten machte sich die Nationalbewegung im nach wie vor deutsch besetzten Posen die Ankunft des weltberühmten Pianisten Ignacy Jan Paderewski zunutze, der auf Tasten und durch Reden in Nordamerika unermüdlich für Polens Unabhängigkeit gekämpft hatte. Sie löste am 27. Dezember 1918 einen Aufstand aus und warf die deutsche Besatzung innerhalb weniger Wochen aus einem größeren Teil der Provinz Posen. So endete das Jahr 1918 doch noch mit blutigen Gefechten, gleichzeitig aber auch mit Begeisterung. Denn als Paderewski am Neujahrstag 1919 in Warschau eintraf, spielten sich unvergleichliche Szenen ab. Maria Dąbrowska: »Etwas Ähnliches habe ich meinen Lebtage nicht gesehen. [...]

fast drei Viertelstunden lang zog die Menge mit den Fackeln an den Fenstern vorbei. [...] Noch nie ist ein Meister der Kunst in Polen so begrüßt worden.«

Die Erinnerung an 1918 bis zum demokratischen Umbruch von 1989

Das Jahr 1918 war natürlicher Bezugspunkt für Generationen von Polen und ist es bis heute geblieben: Das Ende der Teilungszeit mit all ihren Demütigungen und gescheiterten Aufständen, die Wiedergeburt eines eigenen Staates, eines Nationalstaates, eigentlich eines Nationalitätenstaates, mit dem Namen »Republik Polen«, markierten eine grundlegende Zäsur in der Geschichte Polens. Außerdem war es ein Symbol des Aufbruchs, wie es wenige in der nationalen Historie gab. Am ehesten reichte noch die Maiverfassung von 1791 daran heran, auch sie stand für Neubeginn, selbst wenn sich die Nation damals zutiefst uneins war und der Staat vier Jahre später vollends unterging. Aber als Erinnerungs- und Feiertag war der 3. Mai kaum umstritten.

Nun also das Jahr 1918. Dass man es feiern musste, war klar, doch das Datum – mithin das Datum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit – war alles andere als eindeutig. Aus allen möglichen Daten schien sich der 11. November rasch durchzusetzen, weil an diesem Tag die Unterzeichnung des Waffenstillstands im Westen mit der Entwaffnung der Deutschen in Warschau zusammenfiel. Damit gab es zumindest ein halbwegs militärisch anmutendes Ereignis als Anlass für den Gedenktag. Allerdings plädierte Józef Piłsudski noch 1925 dafür, die Staatsgründungsfeier am 22. November zu begehen, dem Tag, an dem er sich zum Provisorischen Staatschef ernannt hatte. Nach seiner erneuten Machtergreifung 1926 ließ er jedoch den 11. November bestehen. In einem Runderlass erklärte der neue Machthaber in diesem Jahr: »Am 11. November wird der polnische Staat den 8. Jahrestag begehen, an dem er das Joch der Unfreiheit abgeworfen und die volle, faktische Unabhängigkeit erlangt hat. Dieses Datum sollte in der festen Erinnerung der Bevölkerung bleiben«. Von nun an nahm Piłsudski an diesem Tag oder am darauffolgenden Sonntag auf dem Sächsischen Platz (Plac Saski) Militärparaden ab, der Platz wurde zu einem wesentlichen Bestandteil des Piłsudski-Kults. Obwohl die Nationaldemokraten mit dem Piłsudski-Lager verfeindet waren, konnten auch sie an diesem Tag feiern und den Anteil Roman Dmowskis an der Wiedergeburt Polens würdigen (er war seinerzeit in Frankreich für Polens Sache eingetreten); nur die Linken begingen noch den 7. November, an dem die Regierung Daszyński gebildet worden war.

1937, zwei Jahre nach Piłsudskis Tod, wurde der 11. November dann von der autoritären Regierung zum

Staatsfeiertag aufgewertet, der pompös und mit viel militärischem Brimborium begangen wurde. Dies diente zum einen der Herrschaftslegitimation, zum anderen galt es als Zeichen von Stärke in einer immer unruhigeren internationalen Lage.

Die beiden Nationalfeiertage – 3. Mai und 11. November – wurden nach Ende des Zweiten Weltkriegs im kommunistischen Polen verdrängt und durch einen anderen staatlichen Feiertagskalender ersetzt: Man beging als Nationalfeiertag den 22. Juli (an diesem Tag wurde 1944 das Manifest des kommunistischen Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung verkündet), den 1. Mai (Tag der Arbeit) und den 9. Mai (Tag des Sieges nach sowjetischer Datierung). Zwar wurde der 11. November im Jahr 1945 nochmals offiziell begangen, doch schon jetzt galt er der Staatspropaganda aufgrund der Rolle, die Józef Piłsudski am 11. November 1918 gespielt hatte, als suspekt. Außerdem verwendete die Volksrepublik den bürgerlichen Staat der Zwischenkriegszeit, die Zweite Republik, als Negativfolie, da er geprägt gewesen sei von sozialer Ungleichheit, Kapitalismus und Nationalismus.

Die Kommunisten versuchten also, den 11. November in Vergessenheit geraten zu lassen. Seit 1946 war es verboten, ihn feierlich zu begehen; wenn überhaupt, so wurde an den 7. November erinnert. An diesem Tag wurde nicht nur die Oktoberrevolution gefeiert, sondern er erinnerte auch an die Bildung der Regierung Daszyński im Jahr 1918. So stellte die *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR)* – die immerhin aus der Zwangsvereinigung von Kommunisten und *Polnischer Sozialistischer Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS)* entstanden war – im Jahre 1968 diesen 7. November als eigentlichen Gründungsmythos in den Mittelpunkt staatlicher Feiern in Lublin. Doch konnte sich dieses Datum nicht durchsetzen, zumal nicht in einem Jahr, in dem sich die Partei mit den »Märzereignissen« und der antisemitischen Kampagne selbst in den Augen vieler Sympathisanten diskreditiert hatte.

In der inoffiziellen Erinnerungskultur blieb der 11. November jedoch wichtig, auch als Symbol für eine widerständige Gegenerinnerung: Die Zweite Republik war schließlich der einzige sinnvolle historische Anknüpfungspunkt, wenn man sich nicht auf das Erbe der Volksrepublik berufen wollte. Erste oppositionelle Kundgebungen zum Unabhängigkeitstag fanden 1978 in Warschau und einigen anderen Großstädten statt. Nach Gründung der Gewerkschaft *Solidarność* wurde der Tag 1980 und 1981 mit Großdemonstrationen der Opposition gefeiert. Auch während des Kriegsrechts hielt die in die Illegalität gezwungene Opposition an Kundgebungen zu diesem Tag fest, die mit

einer raschen positiven Neubewertung des Piłsudski-Bildes einhergingen.

Die Erinnerung an 1918 seit 1989

Mit dem Ende der Volksrepublik Polen und dem Beginn der Dritten Republik 1989/90 standen das Land und seine Eliten vor der Notwendigkeit, neue Kontinuitäten und historische Bezüge zu konstruieren. Wesentlich war hierbei der Rückgriff auf die Traditionen der Zweiten Republik, während die symbolischen »Errungenschaften« der kommunistischen Zeit zunehmend an Bedeutung für die Legitimation der Gegenwart verloren. Schon der letzte kommunistische Sejm hatte am 15. Februar 1989 – unmittelbar nach Beginn der Gespräche am Runden Tisch – den Forderungen zahlreicher Kreise nachgegeben und den 11. November zum Nationalen Unabhängigkeitstag erklärt (auch der 3. Mai erhielt 1990 seine Rolle zurück). Es entwickelten sich neue Formen, um diesen Tag öffentlich zu begehen, während andere nicht wieder aufgegriffen wurden. Neu war zum Beispiel ein »Unabhängigkeitslauf«, der seit 1989 in Warschau stattfindet – 2017 nahmen mehr als 15.000 in Weiß und Rot gekleidete Menschen daran teil. Wie bereits vor dem Krieg gab es auf dem Siegesplatz (Plac Zwycięstwa), dem früheren Plac Saski, am Grabmal des Unbekannten Soldaten, eine Zeremonie mit politischen Ansprachen und militärischer Umrahmung. Die Feierlichkeiten fielen besonders bei runden Jahrestagen festlich aus, so 1998 zum 80. Jubiläum der Staatsgründung: Eine Sondersitzung der beiden Parlamentskammern unter Beteiligung des Präsidenten und des letzten Exilpräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Kardinalprimas von Polen verabschiedete eine Resolution, in der es u. a. hieß: »[...] alle, selbst die schmerzhaftesten Erfahrungen, die Polen im Laufe der Geschichte erfahren hat, waren nicht in der Lage, den Geist der Freiheit und des Patriotismus zu ersticken. Das ist für uns ein Testament und eine Botschaft, der wir treu zu bleiben verpflichtet sind. Das hat 1980 zum Aufbegehren der *Solidarność* geführt und in der Folge zur Wiedererlangung der Souveränität [...]«. Außerdem kamen die Präsidenten von sechs weiteren Staaten Ostmitteleuropas nach Warschau, um einer Kavallerieparade, einer Messe in der Warschauer Kathedrale, Konzerten und einem Feuerwerk beizuwohnen.

In ihren Ansprachen zum Nationalfeiertag hoben die Präsidenten Polens in der Regel die einende Kraft des Anlasses hervor und riefen zur gemeinsamen Arbeit für Polen auf. In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung stießen diese Worte bei den politischen Gegnern – vor allem auf der Rechten – aber auf immer größere Kritik.

In dem Bestreben, die Bevölkerung stärker an dem Nationalfeiertag teilhaben zu lassen, wurden in War-

schau sowie in zahlreichen weiteren größeren und kleineren Städten immer weitere Veranstaltungen geplant: Konzerte mit patriotischen Liedern (auch zum Mitsingen), historische Rekonstruktionen, Ausstellungen, Vorträge, natürlich überall Ansprachen von Woiwoden oder Bürgermeistern, in den katholischen Kirchen allenthalben festliche Hochämter. Besonders große Anziehungskraft übten seit Beginn des neuen Jahrtausends große Paraden in den Städten aus. So gibt es in Danzig (Gdańsk) seit 2003 eine »Unabhängigkeitsparade« unter der Schirmherrschaft des Stadtpräsidenten, mit historisch kostümierten Teilnehmern, Oldtimern und vielen Fahnen. Durch Breslau (Wrocław) zieht seit 2002 eine »Freudige Unabhängigkeitsparade«, an der teils weit mehr als 10.000 Menschen teilnahmen.

Allerdings stellte sich dieser inklusiven Erinnerung an das Jahr 1918 zunehmend eine nationalistische entgegen. Schon zu Beginn der 1990er Jahre häuften sich – wie man den »Braunbüchern« des antifaschistischen Vereins *Nigdy więcej* (*Nie wieder*) entnehmen kann – am 11. November nationalistische, rechtsradikale und neofaschistische Vorfälle: Skinheads und radikale Fußballfans paradierten in vielen Städten, verbrannten deutsche und US-amerikanische Flaggen, hoben die Hand zum Hitler-Gruß (1993), veranstalteten Fackelzüge (1996), skandierten »Fort mit der jüdischen Besatzung. Für ein großes katholisches Polen« (1997) usw. Seit 2010 organisieren mehrere rechtsradikale Parteien und Vereine in Warschau Großdemonstrationen mit patriotisch-musikalischem Begleitprogramm, die sie »Unabhängigkeitsmarsch« nennen. Zu den Hauptorganisatoren zählt die neofaschistische Organisation *Nationalradikales Lager* (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*). Diese Märsche wurden immer häufiger auch von führenden Mitgliedern nationaler bzw. nationalistischer Parteien unterstützt, darunter der heutigen Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) oder der *Union für Realpolitik* (*Unia Polityki Realnej*). Rechte Historiker oder Journalisten gesellten sich ebenso dazu wie Hooligan-Gruppen sowie – verstärkt seit 2011 – Abordnungen ausländischer rechtsradikaler Organisationen. 2012 (Motto: »Wir holen uns Polen zurück«) soll der Marsch 25.000 Menschen vereint haben, 2017 (Motto: »Wir wollen Gott«) 60.000. Teilweise stellten sich linke und liberale Gegendemonstranten diesem Marsch entgegen, teilweise wurden alternative Umzüge organisiert, etwa durch den damaligen Präsidenten Bronisław Komorowski. Bei einigen Märschen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Krawalltouristen aus halb Europa, über die auch im Ausland intensiv berichtet wurde. Ebenfalls international kommentiert wurde, dass 2017 an der Spitze des Umzugs rassistische Transparente getragen und antisemitische Parolen skandiert

wurden, während die rechtsnationale Regierung das entweder nicht zur Kenntnis nehmen oder marginalisieren wollte.

Offensichtlich hat ein Teil der Bevölkerung das Bedürfnis, in militaristischer und nationalistischer Weise an die Geschichte der Nation zu erinnern und sich in der Menge dem Rausch eigener Größe hinzugeben. Somit zeigt sich auch anhand der Feiern zum 11. November, wie zerrissen die polnische Gesellschaft ist und welche starke Aggressionen unterschiedliche Interpretationen von Vergangenheit und kollektiven Identitäten auslösen können. Immerhin scheint die Erinnerung an 1918 gesamtgesellschaftlich große Akzeptanz zu genießen. In einer Umfrage von 2008 erklärte die Hälfte aller Befragten, am 11. November etwas Besonderes zu tun, und 2016 galt die Wiedererlangung der Unabhängigkeit für 52 Prozent der Befragten als wichtigstes Ereignis in der polnischen Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts (vgl. Grafik 1 auf S. 12).

2018: »Niepodległa« – das Jubiläum, seine Chancen und Gefahren

Am 25. Mai 2017 rief der polnische Sejm das Jahr 2018 zum Jubiläumsjahr der Unabhängigkeit aus. In der entsprechenden Resolution wird zu einem parteiübergreifenden, die Nation einenden Gedenken aufgerufen, die angeführten »Väter der Unabhängigkeit« umfassen neben Józef Piłsudski den Nationalisten Roman Dmowski, den Sozialisten Ignacy Daszyński und auch den Bauernführer Wincenty Witos (vgl. die Resolution auf S. 7). Im Herbst folgte eine weitere Resolution, in der das Jahr 2018 zusätzlich zum Gedenkjahr für den Großpolnischen Aufstand erklärt wird.

Bereits Ende 2016 hatte Präsident Andrzej Duda einen Gesetzentwurf in den Sejm eingebracht, der ein vierjähriges Förder- und Veranstaltungsprogramm zur 100-Jahr-Feier vorsah. Es sollte das Wiederentstehen Polens, seine »Gründerväter«, den Anteil der polnischen Armee sowie der Geistlichkeit (»insbesondere der katholischen Kirche«) würdigen, und zwar in dem Zeitraum von 2017 bis 2021. Wie es in der Begründung zum Gesetz heißt, soll dadurch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es mehrere Jahre dauerte, bis sich der polnische Staat nach dem Ersten Weltkrieg konsolidieren konnte. In den Debatten über das Gesetz zeichnete sich große Zustimmung ab, obschon gewisse Zweifel an der Überparteilichkeit des Präsidenten und den Intentionen der Regierungspartei geäußert wurden. »Sie wollen den Jahrestag der Unabhängigkeit prächtig feiern, doch leider berauben Sie uns dieser Unabhängigkeit Schritt um Schritt«, meinte eine Abgeordnete der Partei *Die Moderne* (*Nowoczesna*). Ein anderer oppositioneller Abgeordneter erklärte scharf: »Präsident Duda

ist für die Einführung eines undemokratischen Systems in Polen verantwortlich. Er hat das Testament der Zweiten Republik zunichte gemacht.« Bei der Abstimmung im April stimmte der Sejm der leicht veränderten Vorlage jedoch fast einstimmig zu.

Über die Feierlichkeiten soll ein Komitee wachen, dem die höchsten Staatsorgane, Vertreter politischer Parteien (sogar der außerparlamentarischen Linken) sowie der Kirchen, der Kultur und der Wissenschaft, der kommunalen Selbstverwaltung, der Gewerkschaften usw. angehören. Das im Frühjahr 2017 bestellte Komitee besteht neben den Behördenvertretern aus gut 70 Persönlichkeiten.

Das staatliche Programm erhielt den Namen »Niepodległa« (sowie wie »Die Unabhängige«, was sich auf das im Polnischen weibliche Wort »Polen« bezieht) und wurde mit einem Budget von etwa 240 Mio. Zloty ausgestattet. Zu den Glanztiteln sollen u. a. Veranstaltungen zu 100 Jahren Avantgarde, aufwändige Ausstellungen im Nationalmuseum in Warschau, die Ausstellung »Zeichen der Freiheit« im Warschauer Königsschloss sowie zahlreiche Konzerte gehören. Von insgesamt 660 Anträgen zur Förderung regionaler und lokaler Projekte wurden 157 bewilligt. Für im Ausland stattfindende Projekte ist das Adam-Mickiewicz-Institut zuständig; die seit dem PiS-Regierungsantritt veränderten Schwerpunkte der auswärtigen Kulturpolitik mit einer Betonung traditionalistischer Ansätze, des Heldengedenkens und einer stärkeren Ansprache der Auslandspolen könnte allerdings dazu führen, dass sich die kulturaffine Öffentlichkeit anderer Staaten hiervon nicht ansprechen lassen wird. Zu weiteren geplanten Projekten in Polen selbst zählt u. a. die Eröffnung eines Erweiterungsbaus des Piłsudski-Museums in Sulejówek bei Warschau.

Zusätzlich gibt es zahlreiche regionale und lokale Initiativen. Allein die Stadt Warschau plant für Herbst 2018 zirka 50 Veranstaltungen, etwa einen Komponistenwettbewerb »Die große Warschauer Polonaise«, zu der dann auf dem Königstrakt getanzt werden soll. Danzig veranstaltet einen großen Debattenzyklus »Polen! Polen! – aber welches?« und möchte einen »Unabhängigkeitsmast« errichten, an dem große Fahnen des Landes oder der Stadt flattern sollen. Lublin plant zwei große Open-Air-Spektakel, in denen es um den Anteil der Stadt an der Unabhängigkeit gehen soll. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Bei der offiziellen Eröffnung der Jubiläumsfeierlichkeiten hob Präsident Andrzej Duda am 5. Dezember 2017 vor beiden Kammern des Parlaments u. a. hervor, dass man aus der Vergangenheit lernen müsse: »100 Jahre, das sind drei Generationen. Über die Geburt, Entwicklung und das Ende der Zweiten Republik diskutieren wir heute ruhiger, mit einer größeren Dosis Objek-

tivität. Dadurch können wir die Erfahrungen der Polen jener Zeit besser nutzen. Wir lernen aus ihren Erfolgen. Wir bewundern ihre große Vision, ihre Dynamik, ihre Opferbereitschaft und ihren Mut. Aber wir analysieren auch ihre Niederlagen, wir analysieren die Unzulänglichkeiten und alle verlorenen Chancen. Wir tun dies, weil wir aus jeder Fügung des Schicksals Kraft und Inspiration schöpfen können. Weil wir jede Schwierigkeit überwinden können. Denn wir sind eine starke, stolze und ausdauernde Nation. Und nie, niemals werden wir aufgeben.« Er rühmte aber nicht nur Vaterlandsstolz und patriotisches Selbstbewusstsein, sondern geißelte auch das schädliche Wirken von Ideologien: »Kommunismus, Nazismus, Kosmopolitismus oder die nihilistische Negierung des christlichen Wertesystems zerstören unsere empfindlichen kulturellen Bindungen.« Dafür, dass er »Kosmopolitismus« in die Reihe verderblicher Ideologien aufnahm, wurde er von liberaler Seite heftig kritisiert, so wie ihm als Antwort auf seine Betonung nationaler Rechtschaffenheit sein mehrfacher Verfassungsbruch entgegengehalten wurde (Vgl. die Ansprache Dudas auf S. 8–12 im Wortlaut).

Die 100-Jahr-Feiern bieten für die Regierung und den Präsidenten (aber auch für die vielfach noch von der Opposition regierten Kommunen) zahlreiche Möglichkeiten, sich symbolisch ins rechte Licht zu setzen. Die Opposition ist generell misstrauisch und befürchtet, dass der gewaltige finanzielle und organisatorische Aufwand zu parteipolitischen oder propagandistischen Zwecken eingesetzt wird, kann sich aber den großen patriotischen Projekten kaum verschließen. Dennoch wird die Aktivität des Staates genau beobachtet werden. Als sich Präsident Duda im März 2018 anschickte, im Rahmen des Jubiläums kleinere polnische Städte zu besuchen, hielt man ihm vor, nur PiS-treue Kommunen aufzusuchen und Regierungspropaganda zu betreiben. Selbst wenn dies zum Teil der Fall sein sollte, kann das Jubiläum doch auch dazu beitragen, die extreme politische Lagerbildung in Polen zumindest zu einem Teil zu überwinden. Die Tatsache, dass selbst die nationalkonservative Regierung auf die verschiedenen, ideologisch ganz unterschiedlichen Strömungen rekurriert, denen der Staatsaufbau ab 1918 zu verdanken war, deutet darauf hin, dass zumindest im Großen und Ganzen ein überparteilicher Charakter der Feierlichkeiten vorherrschen wird. Ein Fazit wird man jedoch erst gegen Jahresende ziehen können – und nachdem wieder ein »Unabhängigkeitsmarsch« durch Warschau gezogen sein wird.

Das Regierungshandeln wird sich gerade in diesem Jahr daran messen lassen müssen, wie es mit Versuchen der Vereinnahmung des Unabhängigkeitsjubiläums durch extreme, ultranationalistische bis rechtsradikale Kreise umgehen wird, doch auch daran, wie sehr

tatsächlich die Meinungsvielfalt von Politik und Zivilgesellschaft abgebildet wird. Die Sache wird sicherlich nicht dadurch einfacher, dass im Herbst Kommunalwahlen stattfinden sollen und der Präsident am liebs-

ten just für den 11. November ein Referendum über eine neue Verfassung ansetzen möchte, über die allerdings noch nichts bekannt ist. Ein abwechslungsreiches, patriotisches, vielleicht auch heißes Jahr steht bevor.

Über den Autor

Dr. Peter Oliver Loew ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Seine Arbeitsgebiete sind u. a. polnische Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, deutsch-polnische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart, Geschichte Danzigs.

DOKUMENTATION

Beschluss des Sejm vom 25. Mai 2017 zum Jahr des 100. Jubiläums der Unabhängigkeit Polens

Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 25. Mai 2017 über die Festsetzung des Jahres 2018 als Jahr des 100. Jubiläums der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen

Am 11. November 1918 erfüllte sich der Traum von Generationen von Polen – der Polnische Staat wurde neu geboren. Nach den Teilungen und 123 Jahren Unfreiheit, Russifizierung und Germanisierung sowie nach großen Aufständen kehrte das freie Polen auf die Weltkarte zurück. Aus dieser historischen Probe ging unsere Nation dank derer siegreich hervor, die standhaft geblieben waren. Das symbolische Datum des 11. November hat sich fest in die nationale Tradition verwurzelt.

Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurde herbeigeführt durch den Kampf voller Hingabe und Heldentum nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch im täglichen Ringen um die geistige Erziehung und materielle nationale Substanz sowie im täglichen Beharren der polnischen Familien. Sie vollzog sich auch deshalb, weil die Menschen, die unterschiedliche Unabhängigkeitslager repräsentierten, das linke, das nationale, das bäuerliche, fähig waren, sich in den wichtigsten Angelegenheiten zu verständigen.

Der Sejm der Republik Polen erweist den Generationen seine Ehrerbietung, dank derer Polen die Unabhängigkeit wiedererlangt hat. Er hält das Andenken der Verteidiger der Verfassung vom 3. Mai [1791, d. Übers.] in Ehren, der Soldaten des Kościuszko-Aufstands [1794, d. Übers.] und weiterer nationaler Aufstände. Er hält das Andenken der polnischen Legionäre in Ehren und aller, die im Ersten Weltkrieg und in den Jahren 1918 bis 1921 gekämpft haben: die Verteidiger Lwóws [Lemberg/Lwiw, d. Übers], die Soldaten des Großpolnischen Aufstands und der Schlesischen Aufstände sowie die Helden des polnisch-bolschewistischen Krieges, die die junge Unabhängigkeit verteidigten.

Dankbarkeit gebührt auch denen, die nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit die Mühe des Aufbaus eines starken und modernen Staates, der Zweiten Republik, auf sich nahmen.

Der Sejm der Republik Polen erklärt das Jahr 2018 zum Jahr des 100-jährigen Jubiläums der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen. Er gibt ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, dass die Polen nach dem Vorbild der Väter der Unabhängigkeit, Józef Piłsudski, Roman Dmowski, Ignacy Paderewski, Wincenty Witos, Wojciech Korfanty und Ignacy Daszyński, die Konflikte beilegen, um gemeinsam dieses freudige Jubiläum in Einheit und Versöhnung zu feiern.

Der Sejmmarschall
Marek Kuchciński

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <http://orka.sejm.gov.pl/proc8.nsf/uchwaly/1511_u.htm> (abgerufen am 19.03.2018).

Ansprache des Präsidenten Andrzej Duda zur Inauguration der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Unabhängigkeit Polens

Die Nationalversammlung am 5. Dezember 2017
Der Präsident der Republik Polen, Andrzej Duda

Liebe Landsleute! Sehr geehrter Herr Sejmmarschall! Sehr geehrter Herr Senatsmarschall! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten! [...] Ehrwürdige geladene Gäste, Teilnehmer der Nationalversammlung!

Wir eröffnen heute die Feierlichkeiten zum großen Freiheitsfeiertag. Das Jubiläum der 100-jährigen Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen wird einerseits eine Gelegenheit sein, über unsere Vergangenheit nachzudenken, aber auf der anderen Seite möchte ich auch, dass es eine wesentliche Zäsur wird. Ein wichtiger Moment aus der Perspektive unserer Zukunft, unseres Weges in neue Zeiten.

100 Jahre, das sind drei Generationen. Über die Geburt, Entwicklung und das Ende der Zweiten Republik diskutieren wir heute ruhiger, mit einer größeren Dosis Objektivität. Dadurch können wir die Erfahrungen der Polen jener Zeit besser nutzen. Wir lernen aus ihren Erfolgen. Wir bewundern ihre große Vision, ihre Dynamik, ihre Opferbereitschaft und ihren Mut. Aber wir analysieren auch ihre Niederlagen, wir analysieren die Unzulänglichkeiten und alle verlorenen Chancen. Wir tun dies, weil wir aus jeder Fügung des Schicksals Kraft und Inspiration schöpfen können. Weil wir jede Schwierigkeit überwinden können. Denn wir sind eine starke, stolze und ausdauernde Nation. Und nie, niemals werden wir aufgeben. *(Beifall)*

Vor 100 Jahren standen die polnischen Patrioten einem großen Umbruch gegenüber. Ihre Situation bewerteten sie damals zutreffend. Sie unternahmen richtige und wirksame Aktivitäten, die die Jahrzehnte mühsamer Arbeit und dramatischer Kämpfe krönten. Mutig stellten sie die Ordnung in Frage, die – obgleich ihnen gut bekannt und vertraut – nicht Ausdruck ihres Willens war, sondern Ausdruck des Willens ihrer Feinde. Sie warfen das Joch der Unfreiheit ab. Sie nahmen ihr Schicksal in ihre Hände.

Wir verstehen sie heute auch gut. Wir identifizieren uns mit ihnen, denn auch heute stehen wir Herausforderungen gegenüber – anderen, aber nicht weniger wesentlichen für den Aufbau der Stärke des Staates und der Nation. An dieser Stelle sollen die von mir tief in Erinnerung behaltenen Worte von Herrn Präsident Lech Kaczyński angeführt werden, die er am 11. November 2009 sprach. Er sagte damals: »Meine Botschaft für heute ist der polnische Staat. Der polnische Staat ist ein Wert, auf den man sich heute konzentrieren muss, der so wichtig ist, dass von der Leistungsfähigkeit der Republik, eben dieses Staates, unser zukünftiger Erfolg abhängen wird.« *(Beifall)*

Anknüpfend an diese Worte, liebe Landsleute, sehr geehrte Abgeordnete und Senatoren, ehrwürdige versammelte Gäste, will ich heute als Präsident sehr bestimmt sagen: Das Jubiläum der 100-jährigen Wiedererlangung der Unabhängigkeit, sollte, meine ich, die Zeit sein, den Unglauben an den eigenen Wert und die eigenen Kräfte endgültig abzulegen. Werfen wir also die uns seit Jahren beigebrachte falsche Scham über unsere nationale Geschichte und Identität ab. *(Beifall)* Sehr geehrte Damen und Herren, genug des Gefühls der Abhängigkeit, der Unsicherheit, ob wir unseren eigenen Weg verfolgen können. Genug des Einredens, dass wir uns keine eigenen, souverän bestimmten Ziele und Ambitionen leisten können. Nicht so sollte man die polnischen Angelegenheiten lenken. *(Beifall)*

Es ist die Zeit gekommen, dass das Wesen unseres politischen Lebens aufhörte, ein fortwährender, auszehrender Zusammenstoß feindlicher Stämme zu sein. Es ist Zeit für eine sachliche Debatte im Kreise von Landsleuten. *(Beifall)* Für das Gespräch zwischen den Bewahrern des unschätzbaren Gutes, das unser gemeinsamer, unabhängiger Staat ist. Polen ist niemandes Eigentum.

(Stimmen im Saal: Das ist wahr, das ist wahr.)

Polen ist nicht einmal unser Eigentum, unserer Generation. Wie sind nur seine Auserwählten, seine Diener und Pfleger. Das ewig junge und faszinierend schöne, gefährliche, aber auch majestätische Polen – eben dieses Polen weckt in uns immer neue Kräfte und Fähigkeiten, es weckt Stolz und Mut, große Ideen und lebendige Empfindungen. Es wächst gemeinsam mit uns. *(Beifall)* Es ist stark durch unsere Stärke und unsere Erfolge. Die Fürsorge für diesen Schatz werden wir einmal unseren Kindern und Enkelkindern weitergeben. Deshalb dürfen wir ihn nicht nur nicht verschleudern, im Gegenteil, wir haben die Pflicht – wir sollten ihn entschlossen vermehren. Wir werden diese Aufgabe ausgeführt haben, wenn wir einen stärkeren Staat und eine reifere, versöhntere Gesellschaft hinterlassen werden.

Wenn uns das nicht gelingen wird, wird uns die Geschichte – vielleicht leider, aber sehr wahrscheinlich – die verlorene Generation nennen.

(Stimme im Saal: Nicht uns.) (Bewegung im Saal)

[...]

Sehr geehrte Damen und Herren! Vor 100 Jahren vereinigte sich für die Wiederherstellung und anschließend für die Bewahrung des Vaterlandes die ganze Nation. Die Polen nahmen sich ein Beispiel an den sechs großen Anführern, die wir heute Väter der Unabhängigkeit nennen. Diese herausragenden damaligen Individualisten trennte fast alles, insbesondere im Bereich der Politik, aber sie verband eine fundamentale Idee – die souveräne, unabhängige Republik, der freie polnische Staat. *(Beifall)*

Deshalb erweisen wir heute, am 150. Geburtstag des Marschalls Józef Piłsudski, dem Geheimbündler und Soldaten, dem Führer und Strategen, der restlos der Sache des freien Polen ergeben war, feierlich die Ehre. Wir ehren das Andenken eines Menschen mit großem Mut, Entschlossenheit und Charakterstärke, der in der Lage war, Tausende junge Patrioten mit sich in den Kampf zu ziehen. Ein Politiker, der sagte: »Wir wollen ein unabhängiges Polen, damit wir dort ein für alle besseres und gerechteres Leben einrichten können.« Ein staatlicher Akteur, welcher, der damals bestehenden Gegebenheiten vollkommen bewusst, bedauerte: »Einer der Flüche unsres Lebens, einer der Flüche unseres staatlichen Baues ist, dass wir uns in mehrere Arten von Polen geteilt haben, dass wir die eine polnische Sprache sprechen, aber sogar die polnischen Worte unterschiedlich verstehen, dass wir unter uns Polen unterschiedlicher Arten erziehen, Polen, die sich mit Mühe verstehen.«

(Stimmen im Saal: Schlechtere Sorte! Schlechtere Sorte!)

[...]

Aber mit Dankbarkeit und Respekt erinnern wir uns auch an Roman Dmowski, den Mitbegründer und rastlosen Ausführenden des Programms der »Nationalisierung der Massen«, der Verbreitung bürgerlicher, patriotischer, ehrenamtlicher Gesinnungen. In Erinnerung an seine Beteiligung an der Friedenskonferenz in Versailles sagte er: »Ein starker polnischer Staat ist nicht nur für unsere nationale Entwicklung erforderlich, um unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Aufgaben zu erfüllen. Nicht weniger notwendig ist er für die Festigung des Friedens und damit für die Festigung der Bedingungen der großen zivilisatorischen Arbeit des ganzen Europa.« Auch diese Diagnose hat nichts an ihrer auch heutigen Aktualität verloren. *(Beifall)*

Es gäbe aber die polnische Unabhängigkeit nicht ohne Ignacy Jan Paderewski. Der herausragende Pianist und Komponist erzielte gemeinsam mit Roman Dmowski den spektakulären diplomatischen Erfolg, als da wären die Polen betreffenden Beschlüsse des Versailler Vertrags. [...] Sein Charisma und sein heißer Patriotismus inspirierten die Einwohner Großpolens zu einem bewaffneten Aufstand, dessen Erfolg 1918 und 1919 die junge, wiedergeborene Republik außerordentlich stärkte.

Aber es gäbe kein freies und unabhängiges Polen, wenn nicht Ignacy Daszyński und sein Manifest gewesen wären, das das polnische Volk zum Bau des »Gebäudes der unabhängigen und vereinigten Republik« aufrief, dazu, einen »angemessenen Platz in der Familie der freien Nationen« einzunehmen, dazu, die Rolle »des Landwirts auf seinem eigenen Land« einzunehmen. Es gäbe kein freies Polen, wenn nicht sein Kabinett an der Schwelle zur Unabhängigkeit die Idee der Gleichheit der Bürger, des allgemeinen Versicherungssystems und des Schutzes der arbeitenden Bevölkerung aufgegriffen hätte, das heißt Konzepte, die über die soziale Ordnung des wiedergeborenen Staates entschieden und ihm sehr breite Unterstützung verschafften. *(Beifall)*

Aber die souveräne und unabhängige Republik gäbe es auch ohne Wincenty Witos nicht *(Beifall)*, den Staatsmann, der wusste, dass der Rückhalt des Polentums und des Patriotismus das Dorf ist, denn er sagte: »Der Bauer hat in den bittersten Momenten die Scholle, die Religion und die Nationalität bewahrt. Diese drei Werte gaben die Grundlage, einen Staat zu erschaffen.« *(Beifall)* [...]

Ehre und Gedenken der Generationen gebühren auch Wojciech Korfanty *(Beifall)* und in seiner Person auch allen Aktivisten der Plebiszitbewegung in Schlesien sowie den Teilnehmern der schlesischen Aufstände. Bei Anbruch der unabhängigen Republik, in seiner letzten Rede noch im preußischen Landtag sagte er: »Wir, wir Polen, haben uns vom ersten Moment an, als wir diesem Parlament beitraten, immer als Vertreter der polnischen Nation betrachtet.« *(Beifall)* Und im bereits freien Polen, in dem Polen, das dank ihm und dem Heldentum der polnischen Schlesier Oberschlesien zurückbekam, sagte er: »Wir haben den wertvollsten Teil gewonnen und gingen freiwillig nach Polen und brachten ihm als Geschenk eine reiche Mitgift.« *(Beifall)*

Liebe Landsleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Den hier genannten Staatsmännern verdanken wir nicht nur die Freiheit, nicht nur die Souveränität, nicht nur die Unabhängigkeit. Wir bekamen von ihnen allen eine Lektion in klugem, reifem Patriotismus, der im friedlichen gemeinsamen Wirken in Angelegenheiten zum Ausdruck kam, in denen jede andere Haltung illoyal gegenüber dem Vaterland und der Nation gewesen wäre. Im kommenden Jahr werde ich an vielen Feierlichkeiten teilnehmen, bei denen an ihre Verdienste erinnert wird. Ich habe die Entscheidung getroffen, denen den Orden des Weißen Adlers posthum zu verleihen, denen diese Auszeichnung noch nicht zuteilwurde. *(Beifall)* Allerdings will ich deutlich unterstreichen, dass die großen, herausragenden Namen der Anfang der

Liste der Personen ist, die zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit und Souveränität durch Polen tatsächlich beigetragen haben. Die Geschichte unserer Nation und unseres Staates haben auch die gewöhnlichen Einwohner Hundertter polnischer Dörfer, Kleinstädte und Städte mitgestaltet sowie die stillen Helden unserer heimischen – nachbarschaftlichen und familiären – Geschichten, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Auch wenn die großen Chroniken über sie schweigen, verdienen auch sie, im Gedächtnis ihrer Heimat vorzukommen. Ich ermuntere auch dazu, dass wir uns aufmerksamer als gewöhnlich in unserem Umfeld umsehen, denn auch heute können wir doch immer noch ungewöhnliche, heldenhafte Menschen treffen, denen wir unsere gegenwärtige Unabhängigkeit verdanken: Veteranen der Heimatarmee [Armia Krajowa – AK, d. Übers.] und standhafte Soldaten, Soldaten des antikomunistischen Aufstands, Aktivisten der *Solidarność* sowie anderer Organisationen, darunter auch im Untergrund, die in Opposition zu dem Regime standen, das hier, in Polen, mit sowjetischen Bajonetten eingeführt wurde. (*Beifall*)

Das nun beginnende Jubiläum wird eine außergewöhnliche Gelegenheit sein, alle diejenigen zu ehren, dank derer sich unsere Nation der Freiheit erfreut und in einem eigenen, freien, souveränen Staat lebt. Machen wir die Feierlichkeiten zu einem Feiertag des Stolzes auf unsere heimischen Orte und Regionen, auf unsere lokalen patriotischen und Unabhängigkeitsleistungen. [...]

Mit Freude empfangen ich Informationen über sehr zahlreiche Jubiläumsinitiativen, die bereits in Polen und der ganzen Welt entstehen. Ich tue, was in meiner Macht steht, um an ihnen möglichst häufig, aktiv und direkt teilzunehmen – auch an denen, die von unten kommen, die einen zivilgesellschaftlichen, lokalen Charakter haben. In den kommenden Monaten will ich ganz besonders bei meinen Landsleuten sein, denn es ist ja eine Zeit, in der es nötig ist, dass wir zusammen sind, dass wir gemeinsam dem Ehre erweisen, das weit größer und wichtiger ist als jeder einzelne von uns, weit größer und wichtiger als spezielle Traditionen und politische Sympathien, Milieuidentitäten oder lokale Patriotismen. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! Allerdings ist und soll dieses fabelhafte, große Jubiläum nicht nur auf die Vergangenheit ausgerichtet sein. Es ist eine außergewöhnliche Gelegenheit, auch auf uns selbst zu schauen, um aufs Neue die Ziele, Grundsätze und Werte zu überdenken, die wir als die wichtigsten anerkennen.

Vor unseren Augen entsteht das Polen der nächsten 100 Jahre, bereit, alle Herausforderungen anzunehmen, die die Gegenwart mit sich bringt. Daher meine ich, dass die Begriffe Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie immer wieder mit Inhalt in einer sich häufig sehr schnell verändernden Welt gefüllt werden müssen.

Polen ist jetzt, ähnlich wie vor Jahrhunderten, einer der größten und bevölkerungsreichsten Staaten unseres Kontinents. Es ist und sollte ein vollberechtigtes, loyales und gleichzeitig selbständiges und unabhängiges Mitglied des Nordatlantikpakts und der Europäischen Union bleiben. Die Republik bringt – und sollte es auch in Zukunft – ihren individuellen Anteil in den Bau der Ordnung und der Sicherheit der Welt ein [...].

Wir brauchen Streitkräfte, dank derer ein Bündnis mit der Republik ein sehr willkommener Vorzug für andere Staaten sein wird, aber das Risiko eines Konfliktes mit ihr die Quelle ernsthafter Befürchtungen. [...]

Es ist Zeit für einen Staat, der allen Bürgern dient, für eine vollständige, tatsächliche Gleichheit aller Polen vor dem Gesetz [...].

Es ist Zeit für ein dauerhaftes, gutes und schließlich gerechtes Recht, für eine Ordnung, in der die Kompetenzen der Legislative, Exekutive und Judikative klar voneinander getrennt sein werden (*Beifall*), in der auf konkreten Personen, die öffentliche Funktionen ausüben, konkrete, klar bestimmte Pflichten ruhen werden, für deren Ausübung die volle persönliche Verantwortung getragen werden soll. (*Beifall*) [...]

Ja, verehrte Damen und Herren, es ist Zeit für ein funktionales politisches System, den Herausforderungen der Gegenwart angemessen, gefasst in die Vorschriften einer neuen Verfassung – (*Beifall*) einer Verfassung, deren Hauptprinzipien von der Nation selbst bestimmt werden, auf dem Weg des Referendums, direkt und ungezwungen. Sorgen wir dafür, dass die Prozeduren der Wahlen transparenter werden (*Heiterkeit im Saal*) und vollkommen vertrauenswürdig. (*Beifall*) [...] Genau davon wird in hohem Maße die Qualität unserer Demokratie in der Zukunft abhängen.

Wenn wir uns an die schwierigen Blätter der Geschichte der Zwischenkriegszeit erinnern, die die 1930er Jahre waren, müssen wir auch dafür sorgen, dass das Antlitz unseres Staates gerechte und leistungsstarke Gerichte und moderne Behörden sind. (*Stimme im Saal: Unabhängige!*)

(*Stimme im Saal: Freie!*)

Der Bürger sollte wissen, dass der Staat, den er mit seiner täglichen Arbeit errichtet, für den er Steuern zahlt und den zu verteidigen er bereit ist, ein Staat ist, der ihm nahe, gerecht und hilfreich ist, der aber gleichzeitig Respekt weckt. (*Beifall*) [...]

Aber es gibt auch einen Bereich, der über alles hinauswächst, worüber ich hier gesprochen habe. Außer den gesunden Institutionen, die gewissermaßen der Körper des Staatsorganismus sind, brauchen wir auch, vielleicht sogar vor allem, einen gesunden Geist, einen Geist, der uns als Gemeinschaft verbindet, der bewirkt, dass wir tatsächlich als eine

Nation bestehen wollen. Dieser Geist ist unsere Tradition, Geschichte, Sprache und Kultur, Werte, die wir als gemeinsame und wichtigste anerkennen. Es ist leicht, den Geist der Nation mit einer falschen Ideologie zu vergiften. (*Beifall*) (*Stimme im Saal: Das stimmt.*) [...]

Kommunismus, Nazismus, Kosmopolitismus oder die nihilistische Negierung des christlichen Wertesystems zerstören unsere empfindlichen kulturellen Bindungen. (*Beifall*) Die Verdunkelung, die Verfälschung von Begriffen bringt Chaos in unseren kulturellen Code, erschwert uns die innere Kommunikation.

(*Stimme im Saal: Genau.*)

Ideologien bringen Feindseligkeit zwischen Gesellschaften, sie verursachen den Zerfall von Gemeinschaften, sie streben danach, sich an die Spitze der Werthierarchie zu setzen und die natürlichen, ewigen Bemühungen und Ambitionen des Menschen in den Hintergrund zu drängen. Damit wir als reife Gemeinschaft überdauern, die einen eigenen, unabhängigen Staat verdient, müssen wir das verstehen und entschieden dagegen vorgehen. (*Beifall*)

Liebe Landsleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch über etwas sprechen, was mir besonders am Herzen liegt. Ich will, dass es laut und deutlich zu hören ist. Die 100-jährige Unabhängigkeit ist vielleicht die beste Gelegenheit der letzten Jahre, das Gefühl einer nationalen Gemeinschaft aufzubauen. Ohne dieses Bewusstsein sind wir nicht imstande, einen modernen, gerechten und tatsächlich starken Staat aufzubauen. [...]

Ich appelliere an die politische Klasse. Die Konflikte, die häufig über die Grenzen unseres Landes hinausgehen, bauen unserem Vaterland keine Position auf. (*Beifall*) Sie verursachen vor allem Angst und Aggression, das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und der Unabwendbarkeit eines inneren Konfliktes. Erinnern wir uns, der Kampf um die Wiedererlangung des unabhängigen Staates wäre nicht notwendig gewesen, wenn es nicht die Katastrophe der Teilungen gegeben hätte – den Kataklysmus, dessen direkte Ursache die leichtsinnige und unwürdige Anrufung eines Schiedsverfahrens sowie die Intervention von fremden Mächten waren. (*anhaltender Beifall*)

Liebe Landsleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Teilnehmer der Nationalversammlung! Errichten wir unser Haus auf dem Fundament der Wahrheit und des gegenseitigen Respekts. Möge dieser Jahrestag uns bewusst machen, dass, wenn wir zusammen sind, wir eine reife Gemeinschaft sind. Dann werden wir uns vor der Zukunft nicht fürchten müssen. Nach Montesquieu ist »Freiheit das Gut, das uns ermöglicht, andere Güter zu nutzen«. Freiheit heute, für unsere Generation, bedeutet vor allem Verantwortung, rationales und fähiges Nutzen der Güter, deren wir uns dank unserer Freiheit erfreuen.

Liebe Landsleute! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vergangenen Jahr begingen wir 1050 Jahre Taufe Polens. Es kamen damals die Fragen wieder auf, was geschehen wäre, wenn Fürst Mieszko die Taufe nicht angenommen hätte, wie unsere Geschichte verlaufen wäre, wenn die Polanen Christen des östlichen Ritus geworden wären. Das wissen wir natürlich nicht. Niemand kann heute diese Fragen präzise beantworten. Allerdings lehrt uns die Geschichte, dass es in jeder Generation einen Moment wegweisender Entscheidungen gibt, eine Probe des Charakters, einen Moment der Wahrheit über uns als Nation. So war es auch vor 100 Jahren. Der November des Jahres 1918 hätte sich auch nicht ereignen können. Aber er geschah. Wir haben unsere eigene Identität und unser historisches Gedächtnis gerettet. Wir haben durchgehalten. Wir waren der Aufgabe gewachsen. Wir sind unseren patriotischen Werten treu geblieben. Dazu kam es, weil die erste und entscheidende Bedingung erfüllt wurde – wir selbst wollten es. Dazu kam es, weil der Unabhängigkeit des Staates die Souveränität der Gedanken unserer Anführer und nationalen Eliten voranging. Wir haben gesiegt, weil wir genau wussten, was wir wollen, was das imponierende Erbe der Jahrhunderte ist, dessen man uns enterben wollte.

Das unabhängige Polen wurde im Jahr 1918 wiedergeboren, aber es war nicht dasselbe wie vor den Teilungen. Seine Grenzen verliefen anders, seine Nationalitätenstruktur und seine soziale Struktur waren andere, anders waren die wirtschaftlichen Realitäten und materiellen Lebensbedingungen der Bürger. Doch trotz aller Unterschiede zweifelte niemand daran, dass genau das Polen ist, und unsere Vorfahren, die einen eigenen Staat aufbauten, wussten vollkommen, dass sie Polen sind. Das dachten sie und mit dieser Einstellung arbeiteten die, die das Land nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Zerstörungen, die der Krieg hinterließ, emporhoben, das neue polnische Haus in den westlichen und nördlichen Gebieten einrichteten, das unterbrochene Werk der Industrialisierung mit dem Preis gewaltiger Arbeit und Entsaugungen unter Hindernissen und Nöten aufnahmen, wovor uns das kommunistische Regime nicht verschonte.

Auch wir heute haben die Gewissheit, dass wir zu derselben Nation gehören, die vor 100 Jahren die Freiheit wiedererlangte, den unabhängigen, souveränen Staat wiedererlangte und fähig war, ihn aufzubauen. Die Geschichte endete aber nicht mit dem Jahr 1918, an der Haltestelle Unabhängigkeit. Hinter uns liegt ein ganzes Jahrhundert dramatischen, aber erfolgreich beendeten Ringens um Freiheit und Unabhängigkeit. Vor uns liegen die nächsten 100 Jahre, eine Zeit tiefgehender zivilisatorischer und geopolitischer Veränderungen, des beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritts, neuer Wissenshorizonte und mit Sicherheit neuer Erfahrungen. Vor uns und in unseren Händen das Polen des nächsten Jahrhunderts. Ich weiß, ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir gemeinsam tätig werden, Polen groß machen können. Ich weiß, ich bin überzeugt, dass wir stolz auf es sein werden, wir sowie die, die über es in weiteren 100 Jahren sprechen und schreiben werden.

Gott, segne das freie, souveräne und unabhängige Polen! Gott, segne die Polen in Polen und auf der ganzen Welt! Danke. *(Die Versammelten erheben sich, Beifall)*
(Die Abgeordneten der Fraktion von Die Moderne (Nowoczesna, d. Übers.) halten Exemplare der Verfassung hoch)
(Die Abgeordneten der Fraktion der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, d. Übers.) und von Die Moderne skandieren: Verfassung! Verfassung! Verfassung!)

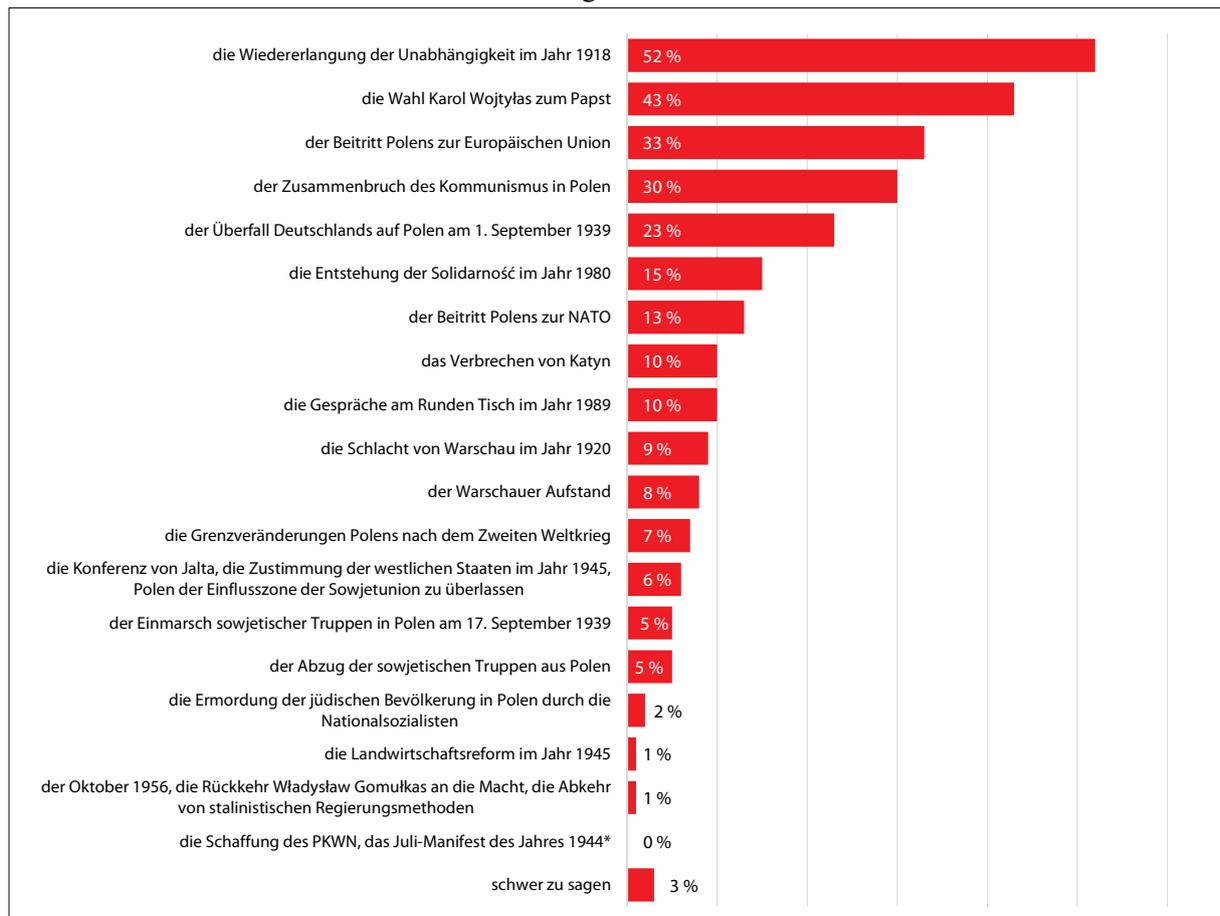
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <<http://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/wypowiedz.xsp?posiedzenie=zn2&dzien=1&wyp=1&view=1>> (abgerufen am 19.03.2018)

UMFRAGE

Meinungen zu historisch wichtigen Ereignissen

Grafik 1: Welche der folgenden Ereignisse des 20. und 21. Jahrhunderts waren Ihrer Meinung nach am bedeutendsten, am wichtigsten für die Geschichte Polens? (%)



Anm.: Die Summe der Angaben ergibt mehr als 100 Prozent, da die Befragten mehr als ein Ereignis nennen konnten.

*PKWN – Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego/Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung: Ein polnisches kommunistische Komitee, das, von der Sowjetunion gestützt, ab Sommer 1944 das Gebiet zwischen Bug und Weichsel regierte und Vorläufer der provisorischen Regierung ab 1945 war.

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 68/2016: Świadomość historyczna Polaków [Das historische Bewusstsein der Polen]. Warszawa, 04/2016. <www.cbos.pl>

6. – 19. März 2018

06.03.2018	Der Sejm stimmt mit 399 Stimmen bei 21 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen für ein Gesetz, das den 24. März zum »Nationalen Gedenktag für die Polen, die Juden während der deutschen Besetzung gerettet haben«, bestimmt. Das Gesetz wird nun dem Senat vorgelegt.
06.03.2018	Der Sejm verabschiedet mit 424 Stimmen bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen einen Beschluss aus Anlass des 50. Jahrestages der »Märzereignisse« im Jahr 1968. Darin wird denen gedankt, die damals für Freiheit und Demokratie gekämpft hatten, es werden die kommunistischen Organisatoren der antisemitischen Verfolgungen verurteilt und für Solidarität mit den Verfolgten gedankt.
07.03.2018	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Piotr Gliński, Minister für Kultur und nationales Erbe, und dessen Stellvertreter, Jarosław Sellin, gibt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki den Bau eines Museums des Warschauer Ghettos bekannt. Anwesend ist auch der neue Direktor der Einrichtung in Gründung, Albert Stankowski. Das Warschauer Ghetto wurde von den deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg eingerichtet und war das größte seiner Art auf besetztem polnischem Gebiet.
08.03.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki übergibt dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker und Frans Timmermans, das Weißbuch zur Justizreform in Polen. Darin versucht die polnische Regierung zu begründen, dass die Reform keine Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit in Polen darstellt. Dies widerspricht der Einschätzung der »Venedig-Kommission« und hatte die Europäische Kommission zur Einleitung eines Stimmrechtsentzugsverfahrens nach Artikel 7 veranlasst.
08.03.2018	Auf dem Campus der Universität Warschau findet in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda die Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Ereignisse des März 1968 statt. In seiner Ansprache bittet Duda die infolge der damaligen Ereignisse und antisemitischen Kampagne Vertriebenen und die Familien der Todesopfer um Verzeihung für den schändlichen Akt im damaligen Polen. Seine Generation und das heutige freie Polen trügen keine Verantwortung und hätten keinen Grund, um für die Vorfälle gegenüber jüdischen Polen um Entschuldigung zu bitten, aber er bitte sie, Polen allgemein zu verzeihen, sagt Duda. Er unterstreicht, dass Polen heute noch die Verluste spürt, die durch die Auswanderungsbewegung und Todesopfer in der intellektuellen Elite verursacht wurden.
09.03.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich in der litauischen Hauptstadt Wilna mit den Regierungschefs von Litauen, Lettland und Estland. Thematisiert werden u. a. eine engere Zusammenarbeit im Energiebereich und die Diversifizierung von Energiequellen.
10.03.2018	In seiner Ansprache auf dem monatlichen Gedenkmarsch für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (April 2010) kündigt Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), an, dass ab Mai nur noch die Gedenkgottesdienste stattfinden werden. Das Ziel der Gedenkmärsche sei mit der bevorstehenden Errichtung des Denkmals für die Opfer des Flugzeugabsturzes erreicht. Nach Schätzungen der Polizei nahmen an dem 95. Gedenkmarsch bis zu 1.800 Personen teil, an der Gegendemonstration bis zu 150 Teilnehmer.
12.03.2018	Marek Sawicki, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), sagt in einem Radiointerview, dass lokale Koalitionen seiner Partei mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nach den Selbstverwaltungswahlen im Herbst nicht von vornherein ausgeschlossen würden. Darüber würden die Wähler und die Nähe der politischen Programme entscheiden, was auch zu den aktuell bestehenden PSL-PiS-Koalitionen auf lokaler Ebene geführt habe. Allerdings werde die Verständigung schwierig, da die PiS seit Jahren rücksichtslos versuche, die PSL von der politischen Bühne zu verdrängen.
12.03.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt die Entlassung von 17 Vizeministern verschiedener Ressorts bekannt. Dies entspreche seiner Ankündigung in der vergangenen Woche, die Anzahl der Minister und ihrer Stellvertreter um 20–25 % zu reduzieren. Einige Vizeminister werden auf andere Positionen versetzt. Der stellvertretende Sejmmarschall Stanisław Tyszka (Kukiz '15) kritisiert, die Veränderungen sollten von der Affäre um die Sonderzahlungen ablenken, die vor dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten an Regierungsmitglieder gezahlt worden waren.
13.03.2018	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak nimmt im rumänischen Bukarest an einem Treffen der Verteidigungsminister der Staaten der NATO-Ostflanke teil. Błaszczak betont, die hier versammelten Staaten erschüfen ein reales Sicherheitssystem in diesem Teil Europas. Ihre historischen Erfahrungen würden gebieten, wachsam gegenüber Gefahren zu sein.

14.03.2018	Die Botschafterin Polens bei den Vereinten Nationen, Joanna Wronecka, verurteilt auf einer Sondersitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen den vermutlich von Russland begangenen Giftanschlag auf den ehemaligen russischen Geheimdienstagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Großbritannien. Dies sei der erste Fall des Gebrauchs einer chemischen Waffe auf europäischem Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Einsatz von Chemiewaffen in Syrien handele es sich um eine weitere deutliche Verletzung des internationalen Rechts und der Chemiewaffenkonvention der Vereinten Nationen.
15.03.2018	Auf der jährlichen Beratung der Führungskräfte des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte, an der auch Präsident Duda teilnimmt, bezeichnet Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak die technische Modernisierung der polnischen Streitkräfte als vorrangig. Zur besseren Koordinierung und Optimierung der Einkäufe werde eine Agentur für Bewaffnung eingerichtet. Weiter soll eine Gruppe für Aufgaben der Informationstechnologie und Cybersicherheit einberufen werden. Sein Ziel sei außerdem, in Ostpolen einer neue Division von Berufssoldaten zu gründen, um die »Ostwand« Polens zu stärken.
16.03.2018	Bundesaußenminister Heiko Maas reist zu seinem Antrittsbesuch nach Warschau und wird von Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Außenminister Jacek Czaputowicz empfangen. Deutschland und Polen seien trotz manchmal unterschiedlicher Positionen unersetzliche Nachbarn, hebt Maas hervor. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen in Europa schlägt er die Wiederaufnahme regelmäßiger Konsultationen im Format des »Weimarer Dreiecks« (Deutschland, Frankreich, Polen) vor. Neben Fragen des gemeinsamen Vorgehens in der EU werden auch Themen wie die polnischen Reparationsforderungen an Deutschland und die polnische Justizreform angesprochen.
18.03.2018	In einem Telefongespräch auf Initiative Großbritanniens sichert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki der britischen Premierministerin Theresa May entschiedene Unterstützung gegen das aggressive und illegale Vorgehen Russlands zu. Notwendig sei auch die enge Zusammenarbeit der NATO-Partner. Hintergrund ist der mutmaßlich von Russland begangene Giftanschlag auf den ehemaligen russischen Geheimdienstagenten Sergej Skripal und seine Tochter im englischen Salisbury.
19.03.2018	Nach ihrer Wiederwahl in der vergangenen Woche wird Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem Antrittsbesuch in Warschau von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda empfangen. Thematisiert werden u. a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, die Neuverhandlungen des europäischen Haushalts sowie Fragen der europäischen Sicherheit. Unterstrichen werden die guten bilateralen Beziehungen, die weiter ausgebaut werden sollen. Konsens ist weiter, dass Europa weder von innen noch von außen gespalten werden darf.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de



[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>